Unterlage TOP 4 / 28. Sitzung des NBG

NATIONALES BEGLEITGREMIUM
Geschäftsstelle

Frauke Stamer

Stand: 8. April 2019

ENTWURF

2. Tätigkeitsbericht des Nationalen Begleitgremiums – Vorschlag für eine Themensammlung und Gliederung

Überblick:

Vorwort der Vorsitzenden

1. Drei Jahre Nationales Begleitgremium: Bilanz der 1. Wahlperiode
2. Mit klarer Linie: Empfehlungen an den Bundestag und Stellungnahmen des NBG
3. Das NBG als Impulsgeber: Veranstaltungen des Gremiums
4. Stetes Arbeiten: die Sitzungen des NBG
5. Lernen vor Ort: Informationsbesuche des NBG
6. Akteure des Standortauswahlverfahrens: Austausch mit den anderen Institutionen und der Politik
7. Transparenz und Vermittlung: NBG sieht Akten ein
8. Gefragt: Teilnahme von NBG-Mitgliedern an externen Veranstaltungen
9. Neu und neuartig: das Nationale Begleitgremium
10. Ausblick: Herausforderungen für die Zukunft

Vorwort der Vorsitzenden

1. Drei Jahre Nationales Begleitgremium: Bilanz der 1. Wahlperiode

Mögliche Schwerpunktthemen:

a) Öffentlichkeitsbeteiligung beim Standortauswahlverfahren
b) Geologiedatengesetz
c) Zwischenlager
d) Exportverbot
e) Akteneinsicht
f) Kontinuität in den Themen: Bezug zum 1. Tätigkeitsbericht
g) Kritische Reflexion der eigenen Arbeit des Gremiums, u.a. Schlussfolgerungen aus dem Rücktritt von Hendrik Lambrecht, Erweiterung des Gremiums
h) Was ist (schon) geschafft? Was ist (noch) nicht erledigt?

Frage: Sollen in dem Tätigkeitsbericht wieder Empfehlungen an den Bundestag an den Anfang gestellt werden?

2. Mit klarer Linie: Empfehlungen an den Bundestag und Stellungnahmen des NBG

a) Empfehlungen zur Verabschiedung eines Geologiedantengesetzes, 12. März 2019, übermittelt an die Mitglieder des Umwelt- und Wirtschaftsausschusses des Bundestages

b) Stellungnahme „Öffentlichkeitsbeteiligung in der Startphase des Standortauswahlverfahrens – Stellungnahme des Nationalen Begleitgremiums zu Konzept und Aktivitäten des Bundesamtes für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) vom 15. Januar 2019, übermittelt an BfE-Präsident Wolfram König mit Schreiben vom 18. Januar (E-Mail vom 21.1.)

c) 1. Tätigkeitsbericht des NBG mit sechs Empfehlungen, in der 17. Sitzung des NBG am 15. Mai 2018 in Berlin an die zuständigen Abgeordneten des Bundestags (Berichterstatter*innen der Bundestagsfraktionen) überreicht:

- Geowissenschaftsdatengesetz dringend notwendig
- Für Nachvollziehbarkeit und Transparenz von Anfang an sorgen
- Bürger*innen frühzeitig am Standortauswahlverfahren beteiligen
- Neues Zwischenlager-Konzept mit betroffenen Bürger*innen erarbeiten
- Das Exportverbot für hochradioaktive Abfälle strikt beachten
- Bei der Erweiterung des Gremiums dessen Unabhängigkeit strikt beachten

d) Empfehlungen zur Novellierung des Standortauswahlgesetzes, Beschluss auf der 9. Sitzung des NBG am 9. März 2017 in Hannover, mit Schreiben vom 10. März an die Vorsitzende des Umweltausschusses, Bärbel Höhn, übermittelt. Die Empfehlungen sind eine Konkretisierung der Ausführungen des Ko-Vorsitzenden Prof. Dr. Klaus Töpfer in der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am 8. März 2017 zum Thema „Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und anderer Gesetze".

e) NBG-Mitglieder als Sachverständige:

- Ko-Vorsitzender Prof. Dr. Klaus Töpfer im Umweltausschuss beim öffentlichen Fachgespräch „Stand und Probleme der Phase 1 in der Endlagersuche" am 13. März 2019, Schwerpunkte: Geologiedatengesetz, Perspektive Zwischenlager, Berufung der NBG-Mitglieder, Brief an die Ausschussvorsitzende Sylvia Kotting-Uhl
- Ko-Vorsitzender Prof. Dr. Klaus Töpfer in der öffentlichen Anhörung des Umweltausschusses am 8. März 2017 zum Thema „Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager

für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und anderer Gesetze". Schriftliche Stellungnahme mit den Schwerpunkten: Vorschriften des Gesetzentwurfs zum Nationalen Begleitgremium, Öffentlichkeitsbeteiligung, Für welchen Müll wird ein Standort gesucht?, Rechtsschutz, Exportverbot

3. Das NBG als Impulsgeber: Veranstaltungen des Gremiums

- …
- Öffentliche Veranstaltung „Geologische Daten im Brennpunkt: Transparenz als Voraussetzung für ein erfolgreiches Standortauswahlverfahren" – 2. Februar 2019, Berlin
- „Geologische Grundlagendaten für die Ausschlusskriterien" – Workshop am 18. Juni 2018 in Hannover
- Offener Bürger*innendialog „Start des Standortauswahlverfahrens" – öffentliche Veranstaltung am 11. November 2018 in Berlin
- „Zwischenlager ohne Ende?" – Workshop am 13. Januar 2018 in Karlsruhe.
  Gutachten:
  a. „Gutachterliche Stellungnahme zu wichtigen sicherheitstechnischen Aspekten der Zwischenlagerung hoch radioaktiver Abfälle" von Stefan Alt, Beate Kallenbach-Herbert, Julia Neles, Ökoinstitut e. V., Darmstadt, Revision 01, 23. Januar 2018 (ersetzt die Fassung vom 20. Dezember 2017)
  b. Gutachterliche Stellungnahme „Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger über die Zwischenlagerung hochradioaktiver Abfälle", von Hans Hagedorn, Hartmut Gaßner, Berlin, 18. Dezember 2017
- Öffentliche Veranstaltung unter dem Titel „Die Zivilgesellschaft im Standortauswahlverfahren weiter stärken – Bundestag und Bundesregierung in der Pflicht" am 6. Dezember 2017 in Berlin. Insgesamt diskutierten rund 70 Vertreter/innen aus der Politik, der Institutionen, von Verbänden und Initiativen über Fragen der Bürgerbeteiligung.
- „Bürger/innen-Anhörung Standortauswahlgesetz" – öffentliche Veranstaltung am 11. Februar 2017 in Berlin.
  Gutachten:
  a. Gutachten zum Thema Umsetzung der Empfehlungen der Endlager-Kommission im Entwurf zur Novellierung des Standortauswahlgesetzes, von Dr. Ulrich Wollenteit, Hamburg, 20. Januar 2017
  b. Rechtsgutachten zum Eingang der Empfehlungen der Endlager-Kommission in die Formulierungshilfe des BMU zur Novellierung des Standortauswahlgesetzes, von Prof. Dr. Ulrich Smeddinck, TU Braunschweig, Januar 2017

4. Stetes Arbeiten: die Sitzungen des NBG

- Sitzungen, die noch anstehen……
- 27. Sitzung der Nationalen Begleitgremiums, 13. März 2019 in Kassel, Schwerpunkte der Beratungen und Beschlüsse, ausgewählte Schlaglichter
- 26. Sitzung des NBG, 19. Februar 2019 in Jülich, Schwerpunkte der Beratungen und Beschlüsse, ausgewählte Schlaglichter,
- 25. Sitzung des NBG, 1. Februar 2019 in Berlin, Schwerpunkte der Beratungen und Beschlüsse, ausgewählte Schlaglichter
- Fortlaufend ……
- 1. Sitzung des NBG, 5. Dezember 2016 in Berlin, Konstituierung des Begleitgremiums, Wahl der beiden Vorsitzenden Prof. Dr. Miranda Schreurs und Prof. Dr. Klaus Töpfer

5. Lernen vor Ort: Informationsbesuche des NBG

a) …

b) **Jülich**: 26. Sitzung des NBG am 19. Februar 2019 in Jülich, Informationsaustausch mit der Geschäftsführung der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) und Vertreter*innen von Anti-Atom-Initiativen über die besondere Situation des Zwischenlagers für hochradioaktive Abfälle in Jülich

b) **Morsleben**: 11. Sitzung des NBG am 10. November 2017 in Magdeburg, Informationsaustausch mit Staatssekretär Klaus Rehda, Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie in Sachsen-Anhalt, Andreas Fox, „Bürgerinitiative Morsleben" und Ralf Meyer, BUND-Vorsitzender in Sachsen-Anhalt, über den Stand des Planfeststellungsverfahrens zur Stilllegung des Endlagers Morsleben. Am nächsten Tag, 11. November, machten sich Mitglieder des NBG vor Ort selbst ein Bild vom Endlagerbergwerk.

c) **Asse**: Befahrung der Schachtanlage Asse II unter Führung des neuen Betreibers, der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), Informationsaustausch mit Mitgliedern der Asse 2-Begleitgruppe am 8. September 2017 in Remlingen

d) **Forschungsreaktor Garching**: 6. Sitzung des NBG am 15. Mai 2017 in München, Exportverbot für hochradioaktive Abfälle, exemplarisch am Thema Forschungsreaktor Garching II aufgezeigt, Gäste: Prof. Dr. Winfried Petry, Wissenschaftlicher Direktor der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz, TU München und Christina Hacker, Vorstand des Umweltinstituts München; Informationsbesuch im Forschungsreaktor der Ko-Vorsitzenden Prof. Dr. Miranda Schreurs und Bettina Gaebel im August 2017;

a. Kurzgutachten „zum Forschungsreaktor München II (FRM II)" vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften (ISR), Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien, Dezember 2017
b. Kurzgutachten „zum Kernbrennstoff des Forschungsreaktors München II (FRM II), Zwischen- und Endlagerung des Kernbrennstoffs" von Dr. Robert Kilger, Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) GmbH, 15. November 2017

6. Akteure des Standortauswahlverfahrens: Austausch mit den anderen Institutionen und der Politik

Zwischen dem NBG und der Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) sowie dem Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) findet ein regelmäßiger Informationsaustauch statt. Mitarbeiter*innen beider Institutionen berichten kontinuierlich in den Sitzungen des NBG über aktuell anstehende Aufgaben bei der BGE und beim BfE und über den Stand des Aufbaus ihrer Häuser. Zudem legen beide Institutionen in gewissen zeitlichen Abständen schriftliche Berichte dem NBG vor. Wiederholt nahmen auch die Leitungen des BfE und der BGE an Sitzungen des NBG teil:

- BfE-Präsident Wolfram König und BGE-Geschäftsführerin Ursula Heinen-Esser sind bei der 2. Sitzung des NBG am 12. Januar 2017 in Berlin zu Gast und berichten über die Neuordnung der Behördenstruktur im Endlagerbereich.
- BGE-Geschäftsführerin Ursula Heinen-Esser informierte in der 8. Sitzung des NBG am 3. Juli 2017 in Berlin über den Stand des Aufbaus der BGE und über den anstehenden Start des Standortauswahlverfahrens.
- BfE-Präsident Wolfram König ist bei der 12. Sitzung des NBG am 6. Dezember 2017 zu Gast. Thema: Öffentlichkeitsbeteiligung

Teilnahme von NBG-Mitgliedern an Veranstaltungen der BGE und des BfE:

- 1. Statuskonferenz des BfE Endlagerung hochradioaktiver Abfälle am 8./9. November 2018 in Berlin, Miranda Schreurs, Monika C.M. Müller, Klaus Brunsmeier, Bettina Gaebel
- BfE-Forum Zwischenlagerung am 24. November 2018 in Fulda, Klaus Brunsmeier

- BfE-Forum Zwischenlagerung am 25. Juni 2018 in Berlin, Klaus Brunsmeier
  BfE-Workshop im Januar 2018, BfE stellt Entwurf eines Positionspapiers zur Öffentlichkeitsbeteiligung vor, Klaus Töpfer, Miranda Schreurs, Bettina Gaebel……
- BGE: „Betrifft: Standortauswahl – Wie die BGE ein sicheres Endlager für Atommüll sucht" am 28. November 2018 in Berlin, Armin Grunwald
- BGE: Start des Standortauswahlverfahrens am 5. September 2017 in Berlin, Klaus Töpfer
  Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks und UBA-Präsidentin Maria Krautzberger nahmen an der 8. Sitzung des NBG am 3. Juli 2017 in Berlin teil. Themen: Erwartungen an das Begleitgremium, Aufgaben und die Arbeitsschwerpunkte des NBG, Rahmenbedingungen für die Arbeit des NBG sowie die Arbeitsfähigkeit der Geschäftsstelle.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze ist in der 19. Sitzung des NBG am 3. Juli 2018 in Berlin zu Gast. Themen: Standortauswahlverfahren, Zwischenlager, Öffentlichkeitsbeteiligung, Unabhängigkeit des NBG. Die Ministerin wird vom zuständigen BMU-Abteilungsleiter Cloosters und BfE-Präsident König begleitet.

Landesumweltminister Stefan Wenzel ist in der 9. Sitzung des NBG am 7. September 2017 in Hannover zu Gast, Thema u.a. Zwischenlager

7. Transparenz und Vermittlung: NBG sieht Akten ein

Das Thema wird ab Mai Fahrt aufnehmen.

8. Gefragt: Teilnahme von NBG-Mitgliedern an externen Veranstaltungen

9. Neu und neuartig: das NBG

- Selbstverständnis
- Arbeitsweise und Strukturen (Arbeitsgruppen)
- Geschäftsstelle
- Beratungsnetzwerk als Resonanzboden

10. Ausblick: Herausforderungen für die Zukunft